



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1905

596 (22.12.1905) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-122292](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-122292)

General-Anzeiger



(Wöchentliche Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2. Belegte und verbreitete Zeitung in Mannheim und Umgebung. E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Nachnahme für das Morgenblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Berliner Redaktions-Bureau: Berlin W 50.

Redakteur: Dr. Paul Harmö, Würzburgerstraße 15.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“
Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Drucker- u. Bureau-Ka-
mmer- u. Druckarbeiten 841
Redaktion 877
Expedition : : : : : 918

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Beleglohn 20 Pf. monatlich;
nach der Post bez. incl. Post-
zuschlag M. 4.49 pro Quartal.
Einzel-Kummer 6 Pf.
Inserate:
Die Colonel-Karte . . . 20 Pf.
Ankündigungs-Inserate . . 25
Die Reklame-Karte . . . 60

Nr. 196.

Freitag, 22. Dezember 1905.

(Abendblatt.)

John Bull, Jacques Bonhomme und der Deutsche Michel.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Hs. Berlin, 20. Dez.

In seiner letzten Reichstagsrede hatte Fürst Bülow auch den englischen Sozialistenführer Hyndman zitiert, der in seiner Deutschfeindschaft soweit gegangen sei, zu behaupten, daß England nicht in Gemeinschaft mit Frankreich die deutsche Flotte längst vernichtet habe. Der „Vorwärts“ hatte das in seiner polternden Weise als Unfug hingestellt, Bebel in Person ließ sich von Hyndman telegraphisch „besichtigen“, er habe verglichen wie gesagt. Als bald meldete sich aber der Korrespondent des „Berliner Tageblatts“ ein alter Achtundvierziger, der nach der Versicherung des Blattes der Sozialdemokratie nahe genug steht, und bezeugte, daß der internationale Sozialdemokrat Hyndman in seiner „Justice“ eine deutschfeindliche Heize treibe, wie nur der ärgste Jingo. Ihm gefiel sich, als gewiß etwanandereitriges Zeuge, jetzt der Londoner Korrespondent des „Vorwärts“ selbst. Er behauptet zwar, die „angebliche“ Bemerkung des Genossen Hyndman sei „nicht richtig wiedergegeben“. Statt aber zu sagen, wie sie richtig gelaute habe, gibt er zu, Hyndman habe demnach vornehmlich gegen die deutsche Politik geschrieben, daß deutsche Genossen in London dagegen protestiert hätten. Ein Arbeiter habe sich in folgender Weise vernehmen lassen:

„Wie ist denn die wirkliche Sachlage? John Bull, ein weltbekannter Seeräuber, der ein hübsches Stück des Erdhobens zusammengehoben hat, kam mit Jacques Bonhomme überein, daß dieser ihm freie Hand in Ägypten lassen solle, wofür Jacques Bonhomme Marokko „friedlich durchdringen“ kann. Nun kommt ein dritter Mann einher, der in diesen Dingen nicht ganz unerfahren ist, und sagt: „Hört mal, ihr Kerle, ihr sollt nicht in allem Guten Willen haben; ich bin im Begriffe, an diesem Geschäft teilzunehmen.“ Schon dieser Vorgang gibt Ihnen (Hyndman) Anlaß, über das „Unheilflüster“, die „durchaus schlechten Manieren“ und die groben Methoden des Deutschen zu klagen. . . . Ich bin überzeugt, daß alle drei kapitalistischen Länder nichts anderes sind als organisierte Räuberbanden. Aber ich bestreite nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie in Ägypten ein schlechteres Spiel als andere Länder. Sie läßt also besser, Ihre eigenen Unheilflüster aufs Korn zu nehmen.“

Und der „Vorwärts“-Korrespondent selbst hat nach seiner eigenen Versicherung in Hyndmans „Justice“ geschrieben: „Die deutsche Sozialdemokratie hat keine Sympathie mit den diplomatischen Methoden des Raifers, aber sie kann es wohl begreifen, daß er eine geeignete Gelegenheit ergreift, der Welt kundzutun, daß Deutschland nicht gesonnen sei, sich ignorieren zu lassen.“ — So schreiben deutsche Sozialdemokraten im Ausland, fügt der „Vorwärts“-Korrespondent hinzu. Man möchte ihm das ein wenig korrigieren und sagen: Um so schreiben zu können und zu dürfen, müssen deutsche Sozialdemokraten leider Gottes erst ins Ausland gehen. Dort inbeden sie ihr altes, deutsches Herz, wenn Engländer Deutschland als den Weltfriedensförderer

hinstellen möchten und protestieren dagegen. Und das selbe, was gegen sie in vaterländischer Wallung protestieren, tut Herr August Bebel auf der Tribüne des Deutschen Reichstags, nämlich Deutschland als Friedensförderer hinstellen und besonders in der Marokkofrage genau so einseitig ins Unrecht setzen, wie John Hyndman! Und nur im Auslande dürfen Genossen so schreiben! Gegen Hyndman dürfen sie an derselben Stelle protestieren, wo dieser seine deutschfeindlichen Separatist losließ. Welche ein Genosse gegen Bebel's deutschfeindliche Reden im „Vorwärts“ protestieren, er würde fliegen, wie nur die „edlen Sechse“ geflogen sind.

Noch eine interessante Mitteilung verdanken wir dem „Vorwärts“-Korrespondenten. Die nämlich, daß Bebel den Hyndman, Chamberlain und andern Jingos noch als zu „deutschpatriotisch“ bedächtig ist! Diese Ausländer halten überhaupt die deutsche Sozialdemokratie für fähig, im Falle eines Krieges ihrem Fahneleid treu zu bleiben, und machen ihr daraus den Vorwurf mangelnder, internationaler Solidarität! Einem Genossen der „Kreuzzeitung“ zufolge hat die mehrermähnte „Justice“ sogar ausgeführt, Bebel's Internationalität würde erst dann annehmbar sein, wenn es ihm gleichgültig wäre, ob etwa ein Teil der Rheinprovinz an Frankreich verloren ginge. Die Internationalität treibt, wie man sieht, herrliche Willen. Im Munde eines Hyndman ist sie schon nichts anders mehr als der nachste Rosenkriegsgeist, der die Wohlfahrt des deutschen Volkes mit List und Gewalt zerstören möchte, damit England den Profit davon habe. Und für so etwas setzen Bebel und die Seinen mit Feuereifer!

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. Dezember 1905.

Zur parlamentarischen Behandlung der Steuervorlage.

Da der Reichstag in die Beratung der ihm gemachten Steuervorlagen erst nach Neujahr eintritt, sind alle Voraussetzungen über das Schicksal der Vor schläge, die in Frage kommen, problematisch. Nichtsdestoweniger gibt man sich in Bundestratskreisen, wie wir bereits berichteten, der Erwartung hin, eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches in dem Umfang, der unbedingt als notwendig gilt, müsse eine Mehrheit des Reichstages finden; wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir haben aber ebenfalls dargelegt, daß nach den Ansichten jener Kreise, die imstande sind, die Stimmung in den verschiedenen Parteien und auch im Bundesrat ungefähr richtig abzuschätzen, das Steuervorlagen-Konzept des Bundesrats im Reichstage eine wesentliche Änderung erfahren muß. Zur Vornahme dieser Änderungen und zum Ausgleich vieler Differenzen gehört Zeit, viel Zeit. Deshalb tauchen schon jetzt Vorschläge über die geschäftsmäßige Behandlung der Steuervorlagen auf, die dahin gehen, daß der Reichstag nach Schluß der ersten Beratung der Steuervorlage diese an eine besondere Kommission weisen möge, die erst dann ihre Hauptarbeit zu vollbringen hätte, nachdem der Etat durchberaten wäre. Während der Zeit der Hauptarbeit der Steuerkommission des Reichstages könnte das Plenum vertagt werden.

ten worden. Major v. Glasenapp entschloß sich daher in Uebereinstimmung mit den alten Anhängern v. François und Eggers zum Angriff. Ein langer Galopp brachte die überwachend anstretende Abteilung in den Besitz der Bleiberden. Weiter reitend, warnte sich die zum Befehl in 300 Meter breiter Front entwickelte und durch Patrouillen gesicherte Abteilung gegen die mutmaßliche Richtung der Werts, wogin im dichten Busch zahlreiche Fußspade führten, jeden Augenblick bereit, mit dem Gegner in Verbindung zu kommen. Gegen halb 5 Uhr nachmittags flogen am rechten Flügel aus dem Busch die ersten feindlichen Schüsse; es wurde abgefeuert.

In entwickelter Schängelnie war man in einem Sprunge dem bisher unsichtbaren, aber anscheinend schwachen Gegner ohne Verlust nahe gekommen. Zur Vernehmung des Widerstandes wurde das Maschinengewehr in die Mitte der Feuerlinie in die Nähe eines Zermittelhügels genommen; die Pferde, von einigen Pferdehaltern gehalten, folgten, um im dichten Busch nicht abzukommen. Der linke Flügel (Oberleutnant Eggers), bisher keinen Gegner sich gegenüber findend, erhielt Befehl, rechts zu schwenken und das Feuer aufzunehmen. Die Ansicht, daß man es nur mit wenigen feindlichen Schützen zu tun hatte, schien sich zu bestätigen. Erst nach Verlauf von einer Viertelstunde fing das bisher schwache, aber wohlgezielte und aus nächster Entfernung abgegebene Feuer an, sich zu verstärken. Das Befehl nahm allmählich einen heftigen, erbitterten Charakter an. Trotz des Maschinengewehrs gelang es nicht, den Widerstand des an Zahl nicht starken, aber geschickt postierten Gegners zu brechen. Aus der Richtung, welche das feindliche Feuer nahm, war aber zu ersehen, daß der Gegner allmählich seine Flügel verlagerte und die Absicht hatte, die Abteilung auf beiden Seiten zu umfassen. Von fern der ertönte zugleich mächtiges Getöse von hundert von Reiterstimmen. Es war klar, und Oberleutnant Eggers meldete, daß die Abteilung sich gegenüber.

Eine Fortsetzung des Kampfes mit den geringen Kampfmitteln hätte, nachdem festgestellt worden war, daß man sich einem starken und in guter Stellung befindlichen Gegner gegenüber befand, keine

Dieser Plan erfährt vielleicht manche Anfechtung; möglicherweise oder besser gesagt, höchst wahrscheinlich stellt er sich aber, so meint die „Nat.-lib. Fort.“, bei reiflicher Prüfung als die beste Erleichterung einer Situation heraus, die an sich schon nicht gerade einfach ist, die aber auch nicht dadurch erschwert zu werden braucht, daß man die als gangbar sich darbietenden Wege geflissentlich vermeidet. Wo immer man das früher tat, wählte Zentrum und Sozialdemokratie den Nutzen daraus zu ziehen.

Sächsische Wahlreform.

Der Landesauschuh der nationalliberalen Partei in Sachsen trat vorgestern in Dresden zu einer Sitzung zusammen, um zu der jüngst angekündigten Vorlage über eine Veränderung der Zusammensetzung der ersten Kammer Stellung zu nehmen. Nach dieser Vorlage sollen bekanntlich fünf Vertreter aus den Kreisen von Handel, Industrie und Gewerbe durch den König in die erste Kammer berufen werden; außerdem ist die Wahl eines Vertreters der technischen Hochschule in Dresden vorgesehen und die Stadt Chemnitz, die einen Sitz aufgrund königlicher Berufung innehat, soll den Städten Leipzig und Dresden gleichgestellt werden. Nach einer lebhaften Aussprache, bei der es sich hauptsächlich um die Vertretung von Handel, Industrie und Gewerbe und um die von der nationalliberalen Partei aufgestellten Forderungen handelte, wurde schließlich folgende Erklärung, die den gegen die Vorlage verwaltenden Bedenken Rechnung trägt, einstimmig angenommen:

„Der Landesauschuh der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen erklart in dem Gesetzentwurf betr. Veränderung der ersten Kammer keine Erfüllung der berechtigten Wünsche nach einer zeitgemäßen Reform der ersten Kammer, wie sie in dem Wahlaufschuh der nationalliberalen Partei aufgestellt sind, weil Industrie, Handel und Gewerbe nach wie vor das Recht der Wahl ihrer Vertreter verliert, das dem landlichen Grundbesitz zugeht, und weil den anderen Berufen, für die wir im Programm eine Vertretung fordern, überhaupt kein Recht auf Vertretung eingeräumt wird. Der Landesauschuh ersucht deshalb die Landtagsfraktion, nur einem solchen Gesetz zuzustimmen, das diesen Forderungen besser entspricht und zum mindesten die Wahl der Berufsvertreter fördert.“

Zur Frage des Wahlrechts für die zweite Kammer wurde beschlossen, die Vorlage der Regierung abzuwarten und dann unterzüglich dazu Stellung zu nehmen.

Chinesische Treiberien in Shanghai.

Ueber die Ursachen der Chinesen-Bewegung gegen die Fremden in Shanghai verlaute noch nichts abfolat Zutreffendes oder Sicheres. Die Schutzmächte der fremden Geschäftshäuser können nicht zurückgezogen werden; denn sobald dies geschieht, machen sich sofort wieder bedrohliche Anzeichen geltend. — Das Gerücht, daß etwa japanische Intriguen die Hand im Spiele gehabt hätten, entbehrt jeder Begründung. Dies Gerücht mag durch die Verhaftung zweier angeblicher Japaner entstanden sein; es stellte sich aber heraus, daß man in jenen beiden vermeintlichen Japanern zwei verleierte Chinesen vor sich hatte. — An deutschen Kriegsfahrzeugen liegt vor Shanghai das dort ständig stationierte Fluchboot „Valerian“ und das dorthin be-

zugsicht auf Erfolg. Deswegen wurde auf Befehl des Befehls vom linken Flügel abgedreht und zurückgegangen. Nur einige Leute des linken Flügels vermochten dem Befehl zu folgen, die Mehrzahl war dem aus nächster Entfernung (70 Meter und weniger) abgegebenen, mächtigen Feuer erlegen. Fast alle Pferde waren durch Feuer von der Flanke her getötet oder schwer verwundet. Während vom linken Flügel die wenigen Überlebenden unter dem Schuß des noch feuernden rechten Flügels zurückgingen, tobte in der Mitte der Feuerlinie der Kampf weiter. Hier, wo das Maschinengewehr stand, häuften sich die Verluste. Schon einmal war es zum Abschießen aufgebrochen, dann aber zur Abwehr rückwärts heranziehender Scharen des Gegners wieder in die Feuerlinie gebracht. Decimal hatte die Bedienungsmannschaft getuschelt, der tapere Führer, durch zwei Schüsse schwer verwundet, war kaum bewegungsfähig, die beiden Jüngerer erschossen. Alle Versuche, das Gewehr aus der Feuerlinie zu bringen, scheiterten und brachten schweren Tod. So mußte es schließlich stehen bleiben, nachdem Obermatrose Ehlers es unbrauchbar gemacht hatte, für den Gegner eine nicht mehr verwendbare Waffe. Langsam, von Aufnahmestellung zu Aufnahmestellung zurückgehend, hielten die geringen Reste der Abteilung den Ansturm des in der Front und den Flanken nachdrängenden Gegners durch Feuer ab. Es schien nur eine Frage der Zeit, wann der übermächtige Gegner das keine Häuflein erdrücken würde.

Gegen 1/2 Uhr nachmittags erschien die Sanitätskolonne auf dem Gefechtsfeld. Der Führer, Sergeant Witt, war dem heftigen Feuer zugefallen. Das kräftige Feuer (einzelne Besoldeten verblieben in kurzer Zeit über hundert Patronen) der wenigen, gewandt verteilten Besoldeten erweckte bei den Gegnern anscheinend den Wahn, daß stärkere Kräfte im Anmarsch seien. So gelang es, den Ansturm der Verwundeten ins Werk zu setzen. Drei Offiziere, sieben Mann, zwei Eingeborene fanden sich vom Gefechtsfeld an der Spitze an. Von ihnen waren sieben verwundet. Nur vorsichtig folgend, begleiteten die Herren den Hügel durch lebhaftes Feuer, und auch dieses erlief in der Dunkelheit gegen 1/2 Uhr abends. In der Begleitung von Offizieren nahm der nach dort vorgeschobene Zug die Zurückgehenden auf. Wegen Mitternacht

Der Unglückstag von Dwitokorero.

Zwei wertvolle Beiträge zur südamerikanischen Kriegsgeschichte hat der Admiralstab der Marine in der Darstellung der Tätigkeit des Landungsstabs S. R. S. „Gabiati“ und des unter Major v. Glasenapp entsendeten Marineexpeditionskorps während des Hereroaufstandes geliefert. Sie erscheinen als Beihefte zur Marine Rundschau (S. S. Ritter u. Sohn). Ganz besonders Interesse wird die Darstellung des Gefechtes bei Dwitokorero am 18. März 1904 erregen, weil sie die erste ist, die sich in offizieller Weise über dies für uns unglücklich verlaufene und deswegen von unbräunlicher Seite oft insofern belächelte Unternehmen ausdrückt. Im Admiralsstabswerk wird, nach Darstellungen der von Major v. Glasenapp sofort begonnenen Bewegungen, seinem Aufstehen des Heros im Osten, seinem Abziehen nach Norden und dann nach Westen, über diesen 18. März gesagt:

Gegen 4 Uhr nachmittags brachte die Spitze eines am Wege wandernde Hererofrau mit Kind ein. Von Oberleutnant Eggers verhört, gab sie an, daß die Abteilung auf der Spur Tjetjos sei, dieser selbst wäre noch in der südlich des Weges liegenden Werts, der größte Teil des Stammes aber bereits im Wertenmarsch, nur noch wenige Leute seien in der Werts. Während des Verhörs ging die Meldung ein, daß südlich des Weges eine Herde Wagners hände. Die Lage erforderte kurzen Entschluß: entweder durch Entsenden von schwachen Patrouillen die Wahrheit der gemachten Angaben zu prüfen, oder die Gelegenheit zu ergreifen und durch überraschenden Angriff sich Klarheit zu verschaffen. Waren die Angaben der Hererofrau richtig, dann konnte durch diese Taktik von größter Wichtigkeit. Schwächere Patrouillen zu entsenden, erschien nicht ratsam, da sie in dem schmalen Gelände überhaupt nicht wiederzukommen wären; sie würden dem stärker feindlichen Kräfte anwesend, umgänglich und abgejagt-

erster Kanonenboot „Tiger“. Wahrscheinlich trifft auch das Kanonenboot „Jaguar“ baldigt dort ein.

Deutsches Reich.

• Berlin, 21. Dez. (Eisenbahntarifreform.) Das Präsidium des Bundes der Kaufleute hat an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, die mit der folgenden Bitte schließt:

„Wie richten an E. M. Durchlaucht die ehrenbetriebe Bitte, durch Einwirkung von Reichs wegen eine Zurückstellung der geplanten Betriebsmittelsreform und der mit ihr verbundenen Personentarifreform zu verhindern; gleichzeitig aber eine Korrektur der zur Verhandlung stehenden Projekte in der Richtung anzustreben, daß die Personentarifreform den Grundsätzen der Einfachheit und Billigkeit, unter Anerkennung einer bevorrechteten Stellung der Kaufmannschaft innerhalb des Verkehrsnetzes, jedenfalls aber unter sorgfältiger Vermeidung einer unwirtschaftlichen Belastung derselben, wirklich entspreche.“

— (Dem Wirte der Leuchtenburg) war von der sächsisch-altenburgischen Regierung die Bewirtung der Delegierten des Jenaer sozialdemokratischen Parteitages untersagt worden. Darob ist die altenburgische Regierung von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Horn interpelliert worden. Ueber die Antwort der Staatsregierung wird berichtet:

Der Minister v. Boerries erwiderte, das Verbot sei vollkommen berechtigt, da die Leuchtenburg Staatsbesitz sei. Wenn auch jeder deutsche Arbeiter auf der Leuchtenburg sein willkommen sein werde, so werde die sozialdemokratische Parteilagerung hingegen verweigert um Volksehrlichkeit nachzusehen, denn sächsisch-altenburgischer Staatsbesitz könnte nicht Interessen des sozialdemokratischen Parteilagers dienstbar gemacht werden.

Und dächte, betreffs der Leuchtenburg sei der Sozialdemokratie nicht schlecht kimpfgeleuchtet worden.

— (Dem Vorstande des Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees) ist der freimüthige Reichstagsabgeordnete, Eisenbahndirektor a. D. Karl Schrader beigetreten.

— (Genosse Beerstein) sieht sich endgültig gezwungen, mit dem neuen Jahre die Herausgabe der von ihm redigierten historisch-kritischen Zeitschrift „Dokumente des Sozialismus“ einzustellen. Ein letzter Versuch, die finanziellen Schwierigkeiten zu beheben, ist gescheitert. Mit dem demnächst erscheinenden Dezemberheft findet das Unternehmen im fünften Jahrgange seinen Abschluß.

— (Die Herausgabe eines deutschen Reichsbuchs über Karolles) dürfte sich ziemlich verzögern. Wie den „Kunst, Recht, Koch“ offiziell aus Berlin gemeldet wird, umfassen die deutschen Akten über Karolles bis jetzt 60 Bände; hieraus ist eine Auswahl zu treffen, und da es sich teilweise auch um Neuwertungen fremder Regierungen handelt, erfordert die Regel diplomatischer Courtoisie, daß diese um ihre Erlaubnis für die Veröffentlichung angegangen werden.

— (Der Reichstag) hat befaßtlich einem Gesetze seine Zustimmung gegeben, durch das der Bundesrat ermächtigt wird, den Angehörigen und den Erzeugnissen Englands sowie den Angehörigen und Erzeugnissen belgischer Kolonien und auswärtiger Besitzungen von 1. Januar 1908 bis 31. Dezember 1907 die einzigen Vorteile einzuräumen, die seitens des Reichs den Angehörigen oder den Erzeugnissen des meistbegünstigten Landes gewährt werden. Von der damit gewährten Ermächtigung wird der Bundesrat Gebrauch machen. Man wird schon für die nächsten Tage der Veröffentlichung einer Bekanntmachung des Reichskanzlers entgegenzusehen können, die von einem auf das genannte Gesetz bezüglichen Beschlusse des Bundesrats berichtet wird. Der Beschluß des Bundesrats dürfte lauten, daß die Reichsbegünstigung für die Zeit nach dem 1. Januar 1908 gewährt werden wird.

— (Parlamentarische Studienfahrten.) Innerhalb einjähriger Reihe des Reichstages besteht die Absicht, die parlamentarischen Studien-Expeditionen, deren erste vor einiger Zeit von der Reife nach Afrika zurückgekehrt ist, möglichst zu einer dauernden Institution zu erheben. Selbstverständlich müßte dann davon abgesehen werden, das Privatentgegenkommen, wie dies bei der westafrikanischen Studienreise der Fall gewesen ist, zu benutzen. Es soll vielmehr darauf hingewirkt werden, daß, abgesehen von der freimüthigen Leistung der einzelnen Reichstagsmitglieder, welche den Expeditionen angehören, Staatsfonds dazu in Anspruch genommen oder gebildet werden.

• Leipzig, 21. Dez. (Das sächsische Justizministerium) hat dem „Leipziger Tageblatt“ den Charakter als Amtsblatt des Königlich Land- und Amtsgerichts entzogen und ihn auf die königliche „Leipziger Zeitung“ übertragen. Das „Leipziger Tageblatt“ ist eines der ersten national-liberalen Organe Sachsens, ja man kann es das führende Blatt der Partei nennen, und es hat in letzter Zeit des öfteren eine klar oppositionelle Haltung der Regierung gegenüber eingenommen, namentlich bei der Frage der Reform der ersten Kammer, für die die Regierung nur eine den Interessen der Weiten nicht zureichende Verteilung von

Stimmen und Industrie zugestehen will. Auch das Verhalten der Regierung bei der Wahlrechtsreform kritisierte das Blatt rückhaltlos und fand die Behandlung der ersten Leipziger Streikdemonstration politisch kläglich, als die der Dresdener. Es läßt sich durchblicken, daß die Wahlregelung deshalb erfolgt sei und nicht, wie behauptet wird, daß die Wahlregelung deshalb erfolgt sei und nicht, wie behauptet wird, daß die Wahlregelung deshalb erfolgt sei und nicht, wie behauptet wird.

• Rörblingen, 21. Dez. (Reichstagswahl.) Nach dem Rörblingen Anzeigerblatt ist Stefan Pütz (Zentr.) als gewählt zu betrachten. In der Stadt Rörblingen erhielten Konrad Döberlein (Hö.) 824, Stefan Pütz (Zentr.) 96, Redakteur Kolkvager (Soz.) 204 Stimmen. Das Gesamtstimmverhältnis steht noch aus.

Und dem badischen Staatsvoranschlag für die Jahre 1906/1907.

In einem Teil der Auflage unseres heutigen Morgenblattes ist die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der allgemeinen Staatsverwaltung pro 1906/07 im Vergleich zum Voranschlag des Staatshaushalts pro 1904/05 nur unvollständig wiedergegeben.

Sie wiederholen deshalb die betreffende Tabelle:

	Ordentlicher Etat				Hauptordentlicher Etat
	Jahr 1906/07	Seitberig	mehr	weniger	
1. Staatsministerium	13 269 050	13 069 221	199 829	—	—
2. Ministerium des Großherzogs und der auswärtigen Angelegenheiten	333 7 0	293 600	40 100	—	—
3. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts	22 285 882	21 344 336	941 546	—	33 58 0
4. Ministerium des Innern	18 572 000	17 542 900	1 029 100	—	3 997 800
5. Finanzministerium	24 934 056	25 048 859	—	114 80	1 218 800
6. Oberrechnungskammer	194 470	111 380	83 090	—	—
Summe der Ausgaben	79 469 348	77 319 246	2 150 102	114 800	6 947 2 0
Ordentlicher Etat für beide Jahre	158 938 686	—	—	—	—
Hierzu außerordentlicher Etat	8 847 200	—	—	—	—
Gesamtsumme der Ausgaben	167 785 906	—	—	—	—

	B. Einnahmen.			
	1906/07	Seitberig	mehr	weniger
1. Staatsministerium	6 296 690	7 193 489	—	4 028 609
2. Ministerium der Justiz	5 585 990	5 267 560	318 430	—
3. Ministerium des Innern	4 853 900	4 402 950	450 950	—
4. Finanzministerium	68 436 900	61 046 980	7 389 920	—
5. Oberrechnungskammer	260	462	—	197
Summe der Einnahmen	79 923 580	76 613 441	3 310 139	—
Ordentlicher Etat für beide Jahre	159 877 372	—	—	—
Hierzu außerordentlicher Etat	1 264 342	—	—	—
Gesamtsumme der Einnahmen	161 141 714	—	—	—
Summe der Ausgaben	167 785 906	—	—	—
Ueberschuss	6 673 574	—	—	—

Reicher Mann, laß Dich erbarmen, Sprich ein kleines Scherlein fromm, Schenk' dem Wanderknecht, dem armen, Einen trauren Weihnachtbaum!

Und beim milden Klang der Stengen, Unter Weihnachtslied und Gesang, Hüß! Du tief in Deinem Herzen, Wie das „Geben“ glücklich macht.

— Derwegene Räuber. Zwei Gewaltthaten von tapfrem amerikanischem Charakter werden uns kurzweilig berichtet: Beide machte Räuber erschienen in dem Sächsischen Sauffeld in Connecticut, brachen in die Bank ein und luden einen Mann und einen Diener an Stühlen frei. In ihrer Eile überließen sie ein Scherlein, das mehrere tausend Mark in bar enthält und sprengten den Geldschrank mit Dynamit. Daraus entnahmen sie 200 000 M. in Schuldscheinen, die nur von dem Bankier gebührend werden können, jedoch die Bank nicht verliert. Die Anwesenheit bewaffneter Räuber hielt alle Bewohner der Stadt so in Schrecken, daß sie in ihren Häusern blieben, als die Explosion sie erweckte. Als die Räuber, die gar keine besonderen Vorsichtsmaßregeln trafen, um der Entdeckung zu entgehen, fort waren, suchte die Polizei nach ihnen, aber es war zu spät. Nach die zweite Gewaltthat wurde von demselben Banditen verübt. In ihrer Galtima, wo der Zug der Northern Pacific langsam fährt, sprengen sie in den Tender und nahmen den Lokomotivführer und Feiger fest. Ein Räuber blieb bei ihnen und bedrohte sie mit dem Revolver, während andere den Kassenraum des Wagens sprengten, wobei ihnen nur 2000 M. in die Hände fielen. Die Räuber arbeiteten so vorsichtig, daß die im Zuge stehenden Reisenden gar nichts merkten.

— Das Finken des neuen „Elias“. Der auch bei uns bekannt gewordene Prophet John Alexander Dowie, „Elias II.“, wie er sich selbst nannte, ist augenscheinlich am Ende seiner Laufbahn. Wie aus Chicago berichtet wird, hatten sich dieser Tage 5000 Anhänger Dowie's versammelt und der „Prophet“ beklündete ihnen, daß er zur

Zu weiteren lassen wir die Fortsetzung des Berichtes folgen:
II.
Titel 11. Wissenschaft und Kunst: Die Staatskasse in Heidelberg erhält eine ordentliche Staatsdotations von wiederum jährlich M. 42 500. Der diesjährige Diener der Staatskasse soll ebenfalls ange stellt werden. Staatlicher Aufwand zur Jahr zur Kunsthalle in Karlsruhe M. 9086 (wie bisher), zur Gemäldegalerie und Kartensammlung in Mannheim M. 2000 (wie bisher), zur Akademie der bildenden Künste M. 90 900 (M. 95 000), zu Stipendien für Gelehrte und Künstler wiederum 9500, zum Hoftheater in Mannheim M. 23 000 (wie bisher), zur Förderung wissenschaftlicher und künstlerischer Unternehmungen M. 26 286 (M. 25 200). In letzterer Summe inbegriffen ist die Gewandlung zum Mannheimer Wissenschaftsverein zu erstmalig M. 200 pro Jahr. — Im außerordentlichen Etat werden M. 65 000 für beide Jahre angefordert.

4. Ministerium des Innern.
Beim Ministerium des Innern beträgt die Aufwandsleistung jährlich 0,57 M. — 4,4 Prozent. Von der Aufwandsleistung entfallen auf das Ministerium selbst 32 000 M. — 1,5 Prozent, auf die Bezirksverwaltung und Polizei 0,29 M. — 1,3 Prozent, auf die Zell- und Pflegenanstalten M. 70 000 — 12,2 Prozent, auf Förderung der Gewerbe und des gewerblichen Unterrichts M. 93 000 — 10 Prozent.

Die Ausgaben sind folgendermaßen pro Jahr normiert: Ministerium 0,33 (0,30) M.; Landeskommission M. 76 450 (M. 76 700); Verwaltungsgerichtshof M. 70 740 (M. 68 860); Verwaltungshof 0,24 (0,22) M.; Generalinspektorat M. 48 480 (M. 43 000); Oberrechnungskammer M. 5550 (M. 5120); Abrechnungsbüro M. 2490 (M. 2920); für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze M. 94 940 (M. 84 840); Bezirksverwaltung und Polizei 6,39 (6,01) M.; allgemeine Sicherheitspolizei 1,13 (1,10) M.; milde Fonds und gemeinnützige Anstalten 0,12 (0,11) M.; Zell- und Pflegenanstalten 2,3 (2,33) M.; Gefängnisse und Erziehungsanstalten 0,21 (0,22) M.; Bearbeitung der Landesstatistik M. 99 900 (M. 91 940); für Förderung der Gewerbe und für gewerblichen Unterrichts 1,04 (0,95) M.; Förderung der Landwirtschaft 0,63 (0,63) M.; Verwaltungsmittel der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus 5,31 (5,14) M.; Vermehrung des Viehbestandes M. 5450 (M. 5480); geologische Landesaufnahme M. 37 010 (M. 36 850); Unterstützungs- und Befehlungsfonds M. 32 990 (M. 32 160); beschlossene Ausgaben (M. 22 940). — Einnahmen werden normiert bei: Bezirksverwaltung und Polizei 1,43 (1,27) M.; allem. Sicherheitspolizei M. 15 590 (M. 11 580); Zell- und Pflegenanstalten 1,95 (1,75) M.; Gefängnisse und Erziehungsanstalten 0,11 (0,12) M.; Landesstatistik M. 500 (M. 500); Gewerbe M. 29 950 (M. 23 160); Landesstatistik M. 11 270 (M. 10 060); Verwaltungsmittel der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus 1,29 (1,10) M.; geologische Landesaufnahme M. 800 (M. 800).

• Außerordentliche Ausgaben werden normiert (für 2 Jahre) bei: Ministerium auf M. 30 000; Bezirksverwaltung und Polizei 1,06 M.; milde Fonds und gemeinnützige Anstalten 0,30 M.; Zell- und Pflegenanstalten 1,10 M.; Gefängnisse und Erziehungsanstalten M. 27 000; Bearbeitung der Landesstatistik M. 15 000; für Förderung der Gewerbe und für gewerblichen Unterrichts M. 68 800; für Förderung der Landwirtschaft 0,47 M.; Verwaltungsmittel der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus 0,93 M. Diesen Ausgaben im außerordentlichen Etat stehen folgende außerordentlichen Einnahmen gegenüber: Landwirtschaft M. 25 720; Verwaltungsmittel der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus 0,41 M.

Titel 1. Ministerium: Gefordert werden ein neuer Ministerialdirektor, 1 neuer Kollegialmitglied, 1 weiterer stellvertretender Hilfsarbeiter und 1 Verfahrungsbeamter, 3 Hauswirtschaftlichen. Im außerordentlichen Etat werden pro 1906/07 M. 80 000 gefordert für die Ergänzung der inneren Einrichtung des Ministeriums.

Titel 2. Verwaltungsgerichtshof: Für die Reorganisation und Expedition ist die Schaffung einer weiteren Registratorbeamtenstelle erforderlich; diese Stelle soll einem der beiden Rangklassen übertragen werden, wofür eine Rangklassenstellenstelle in Wegfall kommt.

Titel 3. Verwaltungshof: Neu gefordert 1 Minister, 1 Hauptassistent und 1 Rangbedienter; letzterer unter Wegfall der Hilfsstellenstelle.

Titel 4. Generalinspektorat: Neu angefordert 1 Richter, 1 Rangbedienter und 1 Rangbedienter.

Titel 5. Rheinisch-Westfälische Zentralkommission: Es werden angefordert für die Rheinisch-Westfälische Zentralkommission M. 1000 (M. 1000), für die Rheinisch-Westfälische Zentralkommission M. 1320 (wie bisher).

Titel 6. Für Gewerbeaufsicht und Durchführung der sozialen Gesetze: Im Wesert der Fabrikinspektion wird ein möglichst reichlich vorgebildeter Beamter als Hilfsarbeiter angefordert. — Im Wesert der Arbeiter-Ver-

traf die Kurze mit der Bedienung und den Bewandten in Onjah ein.
Ritterlicher, wie am Tage von Omiloforo gekämpft wurde, ist schließlich gekämpft worden. Die Elite der alten afrikanischen Soldaten, an ihrer Spitze Hauptmann v. Francois und Oberleutnant Eggers, und mit ihnen fünf Offiziere und neunzehn Mann, darunter drei Offiziere und vier Mann des Marineexpeditionskorps, waren gefallen, zwei Offiziere des Marineexpeditionskorps schwer verwundet. Die in ihrer Einfachheit passende Darstellung des Admiralsstabs wackelt von neuem die Krone um die gefallenen Helden.

Caesarienkellen.

Des Wanderbarischen Weihnachtslied.

Ein als armer Bub' geboren, Ich kann kein Kaiserthron, Das die Eltern früh verloren, Sag dann in die Welt hinan.

Nur aus sel'gen Kinderlogen Demt mir „Weihnacht“ wie ein Traum, Nur noch wie aus schönen Sagen Demt' ich einen Weihnachtsbaum.

Schleich' am heil'gen Abend, müde, Nicht an manchen Feiner Nacht, Rausch' voll Schmerz dem schönen Liede Aus der Jugend: „Stille Nacht.“

Und dann geh' ich, müd' vom Wandern, Herab an einen Herbsttag, Geh' mich traurig zu den andern Was der „Vater“ ruft zur Ruh'.

*) Querbergblätter.

Herstellung werden für das Landesversicherungsamt jährlich 20.000 (M. 20000) angefordert. Für zwei neu einzustellende nicht-ständige juristische Hilfsarbeiter, die gleichzeitig das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden zu bekleiden haben, werden Mittel in Anforderung gebracht. — Für die Versicherungsanstalt werden für 1906/07 4 Revisoren, 1 Registrator und 1 Kanzleischreiber neu angefordert; 2 Revidentstellen werden hierbei erledigt; für die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung ist als neue Stelle 1 Kanzleischreiber benötigt. Die badische Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft soll einen Staatszuschuss von jährlich wiederum M. 8300 erhalten.

Titel 9. Bezirksverwaltung und Polizei: Neu angefordert sind 2 Bezirksamtsleute, 1 Bezirksarzt, 1 Bezirksassistent, 1 Polizeikommissar, 2 Gemeinderachungsberechnen, 1 Registrator beim Bezirksamt Mannheim, 2 Aktuar bei den Bezirksämtern, 2 Polizeiwachmeister, 3 Polizeisergeanten, 1 Amtsdiener, 20 Schutzmänner, 4 nichtetatmäßige Aktuar, 2 nichtetatmäßige Bezirksbaukontrolleure, 10 nichtetatmäßige Schutzmänner. Hierzu wird im Budget bemerkt: Dem Bezirksarzt für Schweddingen war bisher gestattet, seinen Wohnsitz in Mannheim zu haben, um den dortigen Bezirksarzt zu ersetzen. Inzwischen haben sich die Verhältnisse in den beiden Bezirken so stark vermehrt, daß es geboten erschien, dem Bezirksarzt für Schweddingen wieder den Wohnsitz in Schweddingen anzuweisen und für den Bezirk Mannheim eine weitere Bezirksarztstelle zu errichten. Im den nächsten, im Alter schon vorgerückten nichtetatmäßigen Assistenzarzt in Mannheim auf seiner Stelle zu erhalten, soll dessen Stelle in eine etatmäßige umgewandelt werden. — Im außerordentlichen Etat werden an größeren Summen pro 1906/07 angefordert: Staatsunterstützung für Kreisstraßen und Gemeindewege 0,85 Mill.; Staatsbeitrag zur Entlohnung in Hagenheim 4. Rate 0,20 Mill.; Beiträge an unbemittelte Gemeinden zu den Kosten der Wasserbereitungsanlagen 0,80 Mill. Außerdem zu Entlohnung von Dienstwohngebäuden für die Schutzmänner in Mannheim 4. Rate M. 40.000. Zu letzterer Forderung wird im Budget bemerkt: Die Schwierigkeiten, welche der Verlegung des für den Bau von Dienstwohngebäuden in der Redaktionsstraße in Mannheim in Aussicht genommenen Baugeländes entgegenstanden, konnten bisher noch nicht behoben werden; es erübrigte deshalb nach Errichtung des zweiten Gruppenhauses im sog. Justizhausgarten nur, mit dem Bau weiterer Gruppenhäuser in dem letztgenannten Baugelände fortzufahren; zu diesem Zwecke wurde die Bezirksbauinspektion Mannheim in der ersten Hälfte des Jahres 1906 beauftragt, im Anschluß an das zweite Gruppenhaus im sog. Justizhausgarten ein 3. dreigeschossiges Gruppenhaus zur Ausführung zu bringen. Nach dessen Fertigstellung soll dann — falls die Inangriffnahme weiterer Bauten in einem anderen Baugelände sich noch nicht ermöglichen sollte — im sog. Justizhausgarten mit dem Bau der dort noch vorgesehenen weiteren Gruppenhäuser fortgefahren und dort auch das in Aussicht genommene Neb- und Waschküchengebäude für das ebenso wie für die Gruppenhäuser. Bauprojekte der Bezirksbauinspektion Mannheim vorliegen, erstellt werden. Nach dem Stand der Bauarbeiten wird für die Budgetperiode 1906/07 eine weitere Baurate von M. 40.000 ausreichen.

Ein pfälzischer Weinfälschungsprozeß.

□ Frankenthal, 22. Dez.

Um 9 Uhr wird mit der Vernehmung fortgefahren. Zunächst wird vernommen prakt. Arzt Dr. Emil Gottschall in Gimmeldingen über seine Wasserableitung in den Koch-, Speckzimmer, Wohnzimmer und Küche sind an diese Leitung angeschlossen. Pätlige Ergänzungen kommen in einen Topf, Wanne wird verbracht.

Frage: Mehrmals ist aber auch Karbolgeruch festgestellt worden? **Beuge:** Wenn es nach Karbol gerochen hat, so ist das mit anderer Weise bereinigt worden, wahrscheinlich von Herrn Ringensfelder selbst. Verband-Watte kann gar nicht durchkommen. Die Menschen haben Anweisung, Wanne nicht hineinzusetzen.

Frage: Gutverwalter Herrmann Reimer in Ruchbach: Herr Ringensfelder hat mich einmal auf den unangenehmen Geruch in dem Hause aufmerksam gemacht. Eigene Wahrnehmungen habe er nicht gemacht. Ob seine Frau, mit der er über die Unterredung sprach, sich über die Beschaffenheit des Wases geäußert hat, ist ihm nicht mehr erinnerlich. Möglich sei, daß er Herr Ringensfelder gesagt habe, er werde mit Herrn Dr. Gottschall Rücksprache nehmen. Die Keller-geruchslocher wurden mit filtriertem Wasser gereinigt.

Frage: Aus der Verlesung der früheren protokollierten Vernehmung des Zeugen ergibt sich, daß der Zeuge einmal mit seiner Frau einen Karbolgeruch wahrgenommen hat.

Frage: Das Wasser läuft durch einen Zementkanal. Herr Sartorius pumpt nur Wasser, wenn es hell ist.

Es gelangt hierauf das Gutachten des verstorbenen Bezirksarztes Herrn Med. Rat Dr. Schröder vom 18. Dezember 1901 zur Verlesung, die sich hauptsächlich darauf erstreckt, ob eine Verunreinigung des Wassers durch die Abwässer des Herrn Dr. Gottschall erfolgt. Es heißt darin, es können unmöglich feste Bestandteile wie Wanne aus dem Speckzimmer des Herrn Gottschall in das Abflusrohr gelangen, das Rohr würde sich hierdurch verstopfen. Bei einer wiederholten Besichtigung konnte an der Einmündung des Kanals kein Karbolgeruch wahrgenommen werden; auch durch die Vernehmung des Herrn Ringensfelder wurde kein Beweis hierfür geliefert. Die blutige Färbung des Wassers kommt von der Küche und dem Waschkücher.

Frage: Bürgermeister Jos. Schenk in Ruchbach war Anfang der Vierziger bei Sartorius. Zeuge gibt zunächst Auskunft über die Wasserleitung zum Wache in das Anwesen des Herrn Sartorius. Seines Wissens ist das Wasser nicht filtriert worden, er habe wenigstens keine Wahrnehmungen gemacht. Wenn das Wasser trüb war, wurde die Leitung abgestellt.

Frage: Bürgermeister Jos. Haus in Ruchbach: Zeuge war von 1891 bis 1891 in Stellung bei Sartorius. Wenn das Wasser hell war, wurde es in das Reservoir gepumpt. Zum Jahrswechsel wurde filtriertes Wasser genommen, zur Reinerreinigung ungeklärtes Wasser. Es auch zur Zuderlösung unfiltriertes Wasser benutzt wurde, kann Zeuge nicht sagen. Sartorius habe streng danach geachtet, daß kein trübes Wasser zugepumpt werde. An dem Tischfilter habe er nicht gearbeitet. Bei dem Engingfilter, an dem der Zeuge arbeitete, wurden stets reine Einlagen gemacht. Den Tischfilter habe Müller Schwarz gehabt; dieser ist gestorben.

Frage: Staatsanwalt: Es wird heute zum ersten Male erwähnt, daß Sartorius den Tischfilter gehabt hat.

Frage: Oberkeller W. Herbold, seit 1900 bei Sartorius: Zur Reinigung wird unfiltriertes Wasser verwendet. Nur bei klarem Wasser wird Wasser in das Reservoir gepumpt, aus dem das Wasser zur Zuderlösung nach Durchlaufen des Tischfilters verwendet wurde. Sartorius habe stets verboten trübes Wasser zuzulassen. Der Tisch ist in der Länge des ganzen Anwesens zementiert. Die Schläuche werden gewöhnlich alle 14 Tage gereinigt, nach Gebrauch mit neuem Weine wird er stets gewaschen. Im Wache befindet sich ein Waschbecken, der bei Bedarf eingeseigt wird, durch diesen muß zuerst das Wasser fließen, bevor es in die Leitung und in den Tischfilter kommt.

Frage: Schwarz, sein Vorgänger, war zugleich Schneider, er habe aber immer seine Arbeit richtig gemacht. Als die Gerichtskommission bei der vorliegenden Vernehmung erwidern ließ, sei der Kanal vollständig

weiß und trocken gewesen, weil wegen des Regens 3-4 Tage das Wasser trüb war und nicht benutzt wurde.

Frage: Müller Friedrich Hehr, seit 1880 bei dem Angeklagten: Das Wasserreservoir wird in der Woche zweimal gereinigt. Es dürfte kein trübes Wasser in das Reservoir gepumpt werden. Zeuge war nicht direkt am Filter beschäftigt. Müller Schwarz hatte auch den Nachfilter zu überwachen. Staatsanwalt: Seit wann ist das Wasser filtriert worden? Zeuge: Das weiß ich nicht. 1891-92 sei er in einer Weinhandlung gewesen, da habe er wahrgenommen, daß das Wasser zum Zuden aus dem Wache genommen worden sei. Vorhänder: Warum erwähnen Sie das? Hat Herr Sartorius mit Ihnen während der dreitägigen Verhandlungen gesprochen? Zeuge: Ja. **Frage:** Kein. Auch mit Frau Sartorius? Kein. Staatsanwalt: Welches Geschäft war das?

Frage: Das Gericht lehnt die Stellung dieser Frage, weil nicht erheblich, ab.

Frage: Angekl. Sartorius bemerkt, daß während seines Prozesses der ganze Betrieb ruhe; er wohne mit seiner Frau in Frankenthal. Mit seinen Leuten habe er wie seine Frau nicht gesprochen.

Frage: Müller Jos. Ringensfelder, seit 1894 bei Sartorius. Er hat das Filtrieren des Wassers und Weines über sich. Das Wasser für das Zuden wurde filtriert und so angewärmt, daß man noch eine Hand darin halten konnte. Der Filter läßt pro Stunde 500 Liter durchlaufen. **Frage:** Wenn pro Tag ca. 5000 Liter durch den Filter laufen, so ist das doch eine kleine Menge; reicht man denn damit aus? Zeuge: Wir nehmen Wasser aus der Wasserleitung hinzu.

Frage: Ein Zwischenfall.

Frage: Hat sich Jemand mit Ihnen ins Benehmen gesetzt, und Sie über Ihre Aussagen gefragt?

Frage: Zeuge: Frau Sartorius in voriger Woche. Sie hat gefragt, was ich ausgesagt habe.

Frage: Zeuge: Hat Frau Sartorius mit Ihrer Aussage zufrieden? Angekl. Sartorius: Ich bin mit dem Wort zu nehmen.

Frage: Zeuge: Herr Sartorius, bitte —

Frage: Angekl.: Ich wollte ihm (dem Zeugen) nur sagen, nur das anzudeuten, was er weiß.

Frage: Zeuge: Das ist meine Sache.

Frage: Der Staatsanwalt beantragt hierauf den Angeklagten aus Besorgnis der Befangtheit des Zeugen abtreten zu lassen, da der Angeklagte noch einmal ums Wort bittet, wird zunächst der Zeuge aus dem Saale entfernt.

Frage: Angekl.: Ich will hier bemerken, daß ich tatsächlich mit meinen Leuten gesprochen habe. Ich habe Herbold und Ringensfelder am Sonntag zu mir kommen lassen und ihnen gesagt, daß Sie absolut die Wahrheit sagen müssen. Auf Details sind wir nicht eingegangen. Das wollte ich dem Zeugen hier nochmals sagen.

Frage: Staatsanwalt: Ich muß sagen, daß mir diese Versicherung über einen so wichtigen Punkt doch etwas zu weitgehend erscheint. Ich muß also darauf bestehen, daß der Angeklagte abtritt, daß der Zeuge ohne jede Rücksicht seine Aussagen machen kann.

Frage: Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, den Angeklagten abtreten zu lassen.

Frage: Nach nochmaliger eindringlicher Eidesbelehrung bekundet der Zeuge, daß er Frau Sartorius derige Woche aus freien Stücken besucht habe. Frau Sartorius habe sich über seine Vernehmung auf dem Gemeindefest geäußert und um die Notigen durchgesehen und sein Gedächtnis aufzufrischen, sei er zu ihr gegangen. Gefragt habe Frau Sartorius nur, ob er seinen Fehler gemacht habe. Ueber den Filter ist nicht gesprochen worden.

Frage: Zeuge: Und was hat Herr Sartorius mit Ihnen gesprochen? Der Herr hat mich rufen lassen. Er hat mich gefragt, was ich bei dem Untersuchungsrichter ausgesagt habe und mich auf den Eid aufmerksam gemacht, nach dem ich streng die Wahrheit zu sagen hätte. Herr Sartorius habe in keiner Weise verächtlich, ihm eine Aufgabe zu suggerieren, die mit der Wahrheit im Widerspruch stehe.

Frage: Der Angeklagte wird wieder hereingelassen und ihm die Aussagen des Zeugen mitgeteilt.

Frage: Zeuge gibt weiter an, daß er zum Zuden nie unfiltriertes Wasser verwendet habe.

Frage: Der Antrag des Staatsanwalts, auch den Zeugen Herbold über eine etwaige Weinfälschung zu vernehmen, wird abgelehnt.

Frage: Bezirksarzt Dr. M. Spenk in Neustadt,

der als Zeuge und Sachverständiger vernommen wird, unterbreitet dem Gericht eine Aufstellung über die vom Jahre 1885-1898 in Neustadt und Umgebung vorgekommenen Typhusfälle. Herr Spenk hat das Wasser oberhalb des Dorfes den guten Geschmack gefunden, dort ist es noch rein. Hinter Gimmeldingen ist das Wasser ganz bedeutend verunreinigt; als besonderes Kennzeichen der Verunreinigung haben sich Säuremehle abgelagert. Es wird durch den Hausgebrauch, durch Wäsche, Abwasch von Tische usw. beschmutzt; von 6 Strömungen läuft das Wasser hinein, aus dem Hohen. Die erste Verunreinigung wird durch die täglichen Abwässer und durch zwei Brunnen verursacht. Vor einigen Jahren sei dann Bezirksamtlich verfügt worden, daß die feinen Abfälle der Brunnen in eine Grube kommen. Durch die Schmelzwasserlöcher entweichenden Abfälle wird das Wasser drann und überfließend. Bis zum Herrschaft kann sich das Wasser durch Selbstreinigung wieder gütlicher gestalten. Der Zementboden, den Herr Sartorius als Unterlage hat herstellen lassen, sei ohne Einfluß auf die Reinigung des Wassers. Das Wasser laufe dort immer noch trübe und werde auch in diesem Zustande in das Reservoir gepumpt. Mit ein bißchen Belkennung habe er das filtrierte Wasser getrunken, es war geruchlos, doch nicht ganz hell, wie man von einem apertillierten Wasser erwarten kann. Unreine Bestandteile waren nicht mehr zu sehen. Zeuge verweist eine Statistik über die in den erwähnten Jahren in Ruchbach und Gimmeldingen vorgekommenen Typhusfälle. Im Herrschaft im Jahre 1894 ein, 1895 zwei Typhusfälle vor. Es sei gestern hier eine Theorie aufgestellt worden, der er widerstreben müsse. Zeuge verweist weiter auf die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes über die Anfertigungsgeschichte an die Verwaltungsbüro und sagt dann sein Gutachten dahin zusammen: Durch den Tischfilter werden wohl unreine Bestandteile und Bakterien zurückgehalten, unter den häuslichen Umständen könnten sich aber auch Typhusbakterien finden. Selbst wenn diese durch Alkohol vertilgt werden, ist das Wasser geeignet, Typhus zu erzeugen.

Frage: Dem Vorhänder über seine Anschauung über das von Herrn Dr. Emmerich in seinen geistigen Ausführungen erdichtete Gefühlsbefrag — wobei dieser auf die Unempfindlichkeit des Herrn Emmerich hinweist, der sogar Choleraabzügen verschluckt habe — bemerkt Zeuge: Ich halte das Gefühlsgefühl für völlig gleich, ob das Wasser filtriert, ob es unfiltriert ist, und dieses Gefühl schadet der Gesundheit. Man muß es nicht subjektiv betrachten, sondern objektiv. Das Gefühlsgefühl kann hervorgerufen werden durch Sinnen-eindrücke oder geistliche Momente, durch irgend eine Erinnerung an eine schmerzliche Sache. Der Angeklagte wendet sich gegen die Aussage des Zeugen, als ob unter seiner Führung der Wache beschlagnahmt worden sei. Die Führung habe der Staatsanwalt gehabt, er sei nur zugegen gewesen. Der Vorhänder bemerkt, daß sei auch nicht von dem Zeugen behauptet worden. Angeklagter: Warum sind denn seit 1898 in Ruchbach und Gimmeldingen keine Typhusfälle vorgekommen? Das beweist nichts, daß solche Fälle vorgekommen sind. Der Leiter der Anwesenheit Anwesenheitern lasse Kranke wochenlang frei umhergehen, die trotzdem mit Typhusbakterien behaftet sind; die Krantheit konnte bei ihnen doch nicht zum Ausbruch kommen. Der Angeklagte nimmt wieder in ziemlich erregter Weise gegen die Ausführungen des Zeugen das Wort, so daß ihm teilweise die der Vorhänder bedauert, daß er nur kurze sachliche Auslassungen zu machen habe.

Frage: Gegen das 2. Urte wird in die Mittagspause einsetreten.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 22. Dezember.

Am Neujahrs-Briefverkehr ist es von ganz besonderer Wichtigkeit, daß auf den Adressen die Wohnung des Empfängers nach Straße und Hausnummer deutlich angegeben wird. Dies gilt auch für Stadtbriefe. Um die Verteilung der nach Berlin gerichteten Briefe zu erleichtern und zu beschleunigen, empfiehlt es sich, in der Briefanschrift neben der genauen Angabe der Wohnung nach Straße, Nummer und Stadtteil den Postbezirk (C., W., N.W., pp.) und wenn tunlich auch die Nummer der Postlostanstalt deutlich und zureichend anzugeben, s. P. C. 22, W. 9, N.W. 52.

Unterricht im Volksschulhaus. Der nächste Lehrkursus an den Volksschulhäusern in Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und Wehrloch wird am 2. Januar 1906 beginnen. Besuche um Aufnahme sind alsbald an den Vorstand der Schule zu richten, welche der Besuchsteller besuchen will. Auskunft über die Aufnahmebedingungen usw. erteilen die betr. Groß-Bezirksämter.

Lebensliche Volksversammlung. Wie uns schon mitgeteilt wird, soll am 5. Januar n. J. der Reichstagsabgeordnete Helmuth v. Gerlach in einer vom hiesigen Nationalsozialen Verein einberufenen öffentlichen Volksversammlung über ein wichtiges aktuelles Thema sprechen. Der vorzügliche Redner und Politiker wird voraussichtlich die Reichsfinanzreform und die neuen Reichsteuern in seinem Thema behandeln und wird die Versammlung das größte Interesse in den hiesigen Bevölkerungskreisen erregen.

Aus dem Schöffengericht. Einen großen Gewaltakt verübten am 9. Oktober d. J. der verheiratete Tagelöhner H. Reidenhüller und der led. Tagelöhner Johann Müller von hier. Beide drangen auf dem Wechtplatz in eine Schaubude ein ohne Eintrittsgeld zu bezahlen und als sich das der Besitzer namens Runkel verbat, wurde er von beiden mißhandelt. Die Strafen sollen erheblich sein: Reidenhüller erhält 4 Monate, Müller 9 Wochen Gefängnis. — Eine Messerkassette spielte sich in der Nacht vom 6. auf 7. August auf der Mittelstraße ab. Der Tagelöhner Moritz Häbl verlor die dem Kaufmann Theodor Diener mehrere Stücke, da auch dieser lässlich vorging, so wurde er mitangeklagt. Als Häbl verhaftet werden sollte, entwich ihm sein Freund, der Tagelöhner Friedrich Bischofsberger dem Schuttmann, so daß Häbl zweimal entfliehen konnte. Bischofsberger wurde nun selber festgenommen, zeigte sich aber so resistent, daß der Schuttmann noch zwei weitere Personen zur Hilfe requirieren mußte. Das Urteil lautet gegen Häbl auf 3 Monate Gefängnis, gegen Bischofsberger auf 15 Tage Gefängnis, Diener wird freigesprochen.

Aus dem Großherzogtum.

Weinheim, 20. Dez. Eine interessante Rechtsfrage auf steuerlichem Gebiete wird demnächst vor dem Bezirksrat in Karlsruhe als erster Verwaltungsgerichtlicher Instanz entschieden werden. Es handelt sich hierbei um die Frage des Gemeindefiskusvermögens des derzeitigen Großh. Bad. Wesandten in Berlin, Grafen v. Berckheim, dessen Verwaltung und Schloß sich hier befinden, und der vor seiner Berufung auf den Gesundheitsposten auch seinen Wohnsitz hier hatte. Graf v. Berckheim steht in der vorliegenden Frage auf dem Standpunkt, daß er infolge seines Wegzugs nach Berlin seinen steuerlichen Wohnsitz hier verlor, und als solcher nunmehr Berlin, bezw. kraft des Territorialitätsprinzips Karlsruhe zu gelten habe, daß er aber auch dort zur Einkommen- und Kapitalertragssteuer-Umlage nicht herangezogen werden könne. Die Gemeindebehörde in Karlsruhe hat aber entgegen dieser Ansicht die Verziehung des Grafen zu diesen Gemeindefiskusvermögen beschlossen. Wegen dieses Beschlusses klagt nun die Gemeinde Weinheim, die überzuleben an der Anschauung festhält, daß Graf von Berckheim nach wie vor hier gemeindefiskuspflichtig sei, und die in dieser Sache insofern sehr interessiert ist, als dabei ein Ausfall an Gemeindefiskus von jährlich einigen tausend Mark und eine event. Minderhaltung der seit Oktober 1903 bereits bezahlten Umlagen in Frage stehen. Man darf auf den Ausgang dieser Angelegenheit bei ihrer prinzipiellen Bedeutung sehr gespannt sein. Die Verhandlung vor dem Bezirksrat ist auf 30. Januar 1906 festgesetzt.

Weinheim, 22. Dez. In der Untersuchungsphase gegen den Fabrikarbeiter Heinrich Ringel wegen Weinschmelze und den Eisenbrecher Peter Hof wegen Verleitung hierzu wurden gestern durch den Untersuchungsrichter des Großh. Landgerichts Mannheim umfangreiche Vernehmungen hier vorgenommen. Ringel hat bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt. Er will seine Tat auf Drängen des Hof, der ihm Bier spendiert und ihm einen getrockneten Leberzucker als Geschenk in Aussicht gestellt habe, begangen haben. Hof bestritt diese Behauptungen und stellt für seine Verurteilung jede Schuld in Abrede; er dürfte aber durch die Vernehmung überführt worden sein. Die Sache wird wohl schon das nächste Schöffengericht beschäftigen.

Weinheim, 21. Dez. Die Gründung eines Haus- und Grundbesitzervereins ist hier beabsichtigt, und es hat bereits eine Versammlung von Interessenten stattgefunden, in der neben Besprechungen über lokale Verhältnisse auch die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, gegen die in Aussicht stehende Wertungsschwerer und die Vermögenssteuerreform Stellung zu nehmen. — Die Wachs- und Schließgesellschaft Heidelberg beabsichtigt, bei genügender Beteiligung ihre Tätigkeit auch auf die hiesige Stadt auszuweiten.

o. Haffingen, 21. Dez. Das Anwesen des Herrn Apothekers Wagner brannte vorletzte Nacht vollständig nieder, wodurch ein Schaden von über 40.000 M. entstand. Die Haftnisse konnten größtenteils gerettet werden.

o. Etlingen, 21. Dez. Der Brandschaden der Fabrik „Riederberg“ beträgt insgesamt 77.800 Mark.

o. Fullendorf, 21. Dez. In Fullendorf wurde das Oekonomengebäude der Bezirksprälatenverwaltung samt Fahrnissen und Futtervorräten ein Raub der Flammen. Der Schaden beläuft sich auf mehrere 1000 M.

o. St. Georgen (Schwarzwald), 21. Dez. Auf der Schwarzwaldbahn soll künftig ein aus-reichendes Kohlenmaterial als das bisherige zur Verwendung kommen. Zur Zeit werden Proben damit gemacht.

Platz, Hessen und Umgebung.

o. Ludwigs-hafen, 21. Dez. Die Firma G. v. d. W. & H. hier hat auch in diesem Jahre wieder 500 Zentner Kohlen für die Armen zur Verfügung gestellt.

N.V.V. Neustadt, 20. Dez. Da voraussichtlich die Witterung der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage Ausflüge in die hiesigen Berge begünstigen wird, so weist die Leitung des Neustädter Verschönerungsvereins darauf hin, daß Weg und Steg, Parkierung, Ausbänne, Schutthütten usw. in unserer Gegend in gutem Zustande sich befinden. Die Herren Touristen, besonders die verehr. Mitglieder des Pfälzerwald-Vereins von Ludwigs-hafen, Mannheim, Speyer, Frankenthal u. s. d., sind aufgrund dieser Tatsachen höflich eingeladen, ihre Mitgliedschaft in Neustadt und Umgebung zu erneuern. Günstigsten bei unter diesen auf folgende Punkte: 1) Mitglied des Speyerbades; Dr. Weiß'sche Terrasse, Wolfburg, Bismarckstein, Kaiserweg, Weinberg, Gimmeldinger Tal, AM Schanze, Stadenberg, Lambertstreu, Trudenfeld, Bad Dürkheim. 2) Mitglied des Speyerbades; Königsmühle, Schönbühl, Wargburg, Hohenlohe, Halmitt, Königsbörn, Schängel, Leinthal, Ebdoblen.

Propaganda, St. Martin, Ebenhausen. — Nachdruck ist für Kon-

Badischer Landtag.

Ch. Karlsruhe, 22. Dez. 2. Kammer. — 7. Sitzung.

Vizepräsident Lauth eröffnet kurz vor 10 Uhr die Sitzung.

Am Regierungstisch Minister Schenk und Ministerial-

Verlesen werden sodann mehrere Einläufe. Der Finanzmini-

ter erklärt sich in einem Schreiben bereit, die Interpellation über

die Reichsfinanzreform zu beantworten, gibt aber zur

Erklärung anheim, ob die Verantwortung nicht bei der Finanzkom-

mission liegen sollte. Die badischen technischen Eisenbahn-

Beamten petitionieren um Gleichstellung der mittleren tech-

nischen Beamten mit den anderen mittleren Beamten der Staats-

bahnen, die Bahn- und Weichentwärtler petitionieren um

Besserstellung.

Hg. Wildens (natl.) macht vor Eintritt in die Tagesord-

nung die Mitteilung, daß auf Grund einer Veränderung an Stelle

des Hg. Schneider (natl.) der Hg. Weimann (natl.) in die

Untersuchungskommission eintritten solle.

Die 2. Kammer nimmt dieser Veränderung bei.

Geschäftliche Behandlung von Gesetzentwürfen.

Junächst liegt der Kammer die Beratung vor über die ge-

schäftliche Behandlung des Gesetzentwurfes betr. die Eingewei-

chung der Gemeinde Kleingemünd in die Stadt-

gemeinde Rastatt.

Hg. Wildens (natl.) schlägt vor, den Gesetzentwurf der

gleichen Kommission zur Berichterstattung zu überweisen, welcher

der Gesetzentwurf betr. Eingeweiung von Häringingen in die

Stadtgemeinde Freiburg vorgelegen hat.

Die Kammer stimmt diesem Vorschlag ohne Debatte zu.

Weiterer Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung über

die geschäftliche Behandlung des Gesetzentwurfes betr. die Dienst-

aufsicht über die Kaufmannsgerichte.

Hg. Wildens (natl.) schlägt vor, den Gesetzentwurf der

Untersuchungskommission zur Berichterstattung zu überweisen.

mer die Wahl Kramers anders behandle, als die Kommission. In

gewissen Bedenken müsse es freilich liegen, daß seit der Hauptwahl

schon zu lange Zeit verstrichen sei. Die aber die Frage eine prä-

judizielle Bedeutung habe, dürfe man nicht so hoc Alteres über die

Sache hinweggehen.

Minister Schenk: Es befinde in diesem Falle materiell

eine Übereinstimmung in dem hohen Hause, daß bei der

Wahl des Hg. Kramers eine absolute Stimmenmehrheit nicht vor-

handen gewesen sei. Es sei nun vom Hg. Schind geltend ge-

macht worden, daß die unangenehme Situation in der wir uns be-

finden, nicht nur durch ein Versehen der Wahlkommission herbei-

geführt worden sei, sondern auch durch ein Versehen des Wahlkom-

missars. So ganz unbegreiflich und unentschuldigbar sei das Ver-

sehen des Wahlkommissars nicht; er habe schließlich den gesetzlichen

Vorschriften in ihrem Wortlaut genügt. Er (der Minister) hoffe

aber, daß diese Verhandlungen den Wahlkommissionären den

erzähren Weg weisen würden. Paragra. 55 des Wahlgesetzes

besage, daß über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahl

allein die Wahlkommission in ihrer Mehrheit entscheide. Wenn also

die Wahlprüfungskommission eine solche Prüfung vorgenommen

hätte, so könnte nach seinem (des Ministers) Ermessen der Wahl-

kommissar nicht anders als den Beschluß der Mehrheit zu verkünden,

falls er sich an den Wortlaut des Gesetzes hielt. Wenn freilich der

Wahlkommissar, das Fallische des Beschlusses der Kommission ein-

sehend, anders gehandelt und sich nicht wortlich an das Gesetz gehal-

ten hätte, so hätte er jedenfalls das Richtige getan. Ein

Versehen kann aber dem Wahlkommissar, der sich genau an den

Wortlaut des Gesetzes hielt, nicht zur Last gelegt werden.

Run sei die Frage, ob bei Kaffung der Wahl das

geschehen solle, was hätte geschehen müssen, wenn die Wahl Kramers

anders behandelt worden wäre, oder ob hier die Ungültigkeitser-

klärung zur Folge habe, daß eine Hauptwahl stattfinden. Er

glaube, daß hierüber die Regierung zu befinden habe, ob

nachträglich eine Stichwahl oder eine Hauptwahl anzuberaumen

nehmigung des zurzeit betragten Reichstages, da ein Ausschuss

von unabsehbaren Folgen wäre, geneigt unverzüglich einige

Kriegsschiffe in die russischen Ostseehäfen schicken, um

die Deutschen aus ihrer bedrückten Lage zu retten und der Ver-

nichtung des bürgerlichen Deutschlands vorzubeugen.

Der Ausmarsch in Deutsch-Südwestafrika.

Berlin, 22. Dez. Ein Telegramm aus Windhuk mit-

teilt: Am 17. Dez. südlich von Loofis gesallt Hauptmann

Helmuth Kliefoth, (Brustschuß); Sergeant Emil Schmetz-

ler, (Brustschuß); Gefr. Paul Berger, (Herzschuß). Ver-

wundet: Unteroffizier Theodor Mattheser, (Schuß in rech-

ten Unterschenkel); Gefr. Adolf Sahling, (schwerer Schuß in

Brust und rechten Fuß). Außerdem: Lorenson, am 17.

Dezember in Gibson an Darmverletzung infolge Ueberfahrens

gestorben. — Leiter Oberstabsarzt Schuler, hat sich am 20. Nov.

bei Dabid ohne Wissen des Führers von der Kolonne entfernt

und ist bis jetzt nicht aufgefunden worden.

Berlin, 22. Dez. (Amlich.) In derselben Gegend

südlich von Annuik, in der am 1. und 5. Dezember Gefechte

gegen Manasse, Morzel und Simon Kopper stattgefunden

haben, griff Major von der Heyde am 17. Dezember mit Mann-

schaften der 4. und 9. Kompagnie des Feldregiments und der

1. und 4. Batterie eine aus Leuten Manasses und Simon

Koppers zusammengesetzte Bande an und schlug sie bei Toobit

nach 2stündigem Kampfe in die Flucht. Der Feind ließ zwei

Zote zurück. Von uns fielen Hauptmann Klieboth und zwei

Mann. Zwei Mann wurden verwundet. Nach dem Gefechte

stellten sich 250 Hottentotten, doch ist die Zahl der darunter

befindlichen Männer noch nicht festgestellt. In Gibson haben

sich bisher 595 Hottentotten, darunter 245 Männer und 350

Weiber und Kinder, gestellt, doch sind bis jetzt erst 90 Gewehre

ausgeliefert worden.

Die Lage in Rußland.

Berlin, 21. Dez. Die Sammlungen zu Gunsten

der russischen Juden haben bisher insgesamt die Summe

von zehn Millionen Mark ergeben. Deutschland hat dazu etwa

drei Millionen Mark, Amerika anderthalb Millionen Dollar,

England 80 000 Pfund beigetragen; die in Rußland selbst ge-

sammelten Gelder sind in dem Betrage nicht eingerechnet.

Moskau, 21. Dez. Von Hülfeleuten wurde auf aus-

sichtige Eisenbahnen ein Angriff unternommen. Bei dem Hand-

gemeinde wurden viele Pferde der Zugpferde getötet. Das Bureau

der Arbeiterdeputierten wurde verhaftet. Seitens der

Menge wurden einige Gewalttätigkeiten gegen revolutionäre

Redner und Studenten verübt. Die Ausständigen wollen die

Polizisten und Telegraphenbeamten zum Streik zwingen. Als

Privatbanken sind laut Beschluß des Bankbeamtenverbandes

geschlossen, ebenso alle Magazine, Läden und Theater. Ein

Haus von 300 Mann durchzog die Straßen und zwang die Gas-

wirtschaften zu schließen.

Riga, 21. Dez. Aus Petersburg sind acht Witrallen

eingetroffen. Genarmen, die von verschiedenen Eisenbahn-

stationen ohne Waffen angelommen sind, erzählen, daß ihnen die

Waffen von Ausständischen abgenommen seien. Ein Zug, der

gemingtes Geld für die Staatsbank brachte, wurde in der Nähe

von Valk von Ausständischen angegriffen. Diese wurden durch

herbeigerufene Truppen verjagt, jedoch der Zug nach Riga gelang

und das Geld unversehrt der Bank übergeben werden konnte.

Riga, 22. Dez. 6 deutsche Reichsangehörige, Leutnant

Habenicht, Lehrer Bader, die Jäger Moterich, Hetmer und

Schnepel und der Diener Serut, die sich in der Gewalt der

Ausständigen befanden, sind freigelassen worden. Leutnant

Habenicht ist hier in Sicherheit. Die übrigen sind nach Deutsch-

land zurück.

Petersburg, 21. Dez. (Petresch. Tel.-Ag.) Heute

Nachmittag begann hier der Ausstand in 220 Fabriken. 70 000

Arbeiter, etwa ein Drittel der gesamten Arbeiterschaft, befinden

sich in Ausstand.

Petersburg, 22. Dez. Der gestern Mittag begonnene

Ausstand dehnt sich weiter aus. Der Mittagszug nach Egd-

hufen ist unter hiesiger militärischer Begleitung abgefahren.

Der Stadtteil, in dem sich die Reichsbank und die Kaufhäuser

befinden, ist stark bewacht. Infanteriepatrouillen durchziehen

die Straßen.

Petersburg, 22. Dez. Die aus Rjeschija (Gou-

vernement Witebsk) gemeldet wird, befindet sich der an der

stoländischen Grenze gelegene Teil des Kreises im Aufstande.

Die im Kreise ansässigen katholischen Leuten werden von ihren

Stammesgenossen aus Wolod terrorisiert. Im übrigen Teile

des Kreises herrschen Unruhen. — Wie der „Kosmo-

Wremja“ aus Riga gemeldet wird, führten die Ausständischen

nachts durch Aufreihen von Schienen die Entgleisung eines von

Riga abgefahrenen Militärzuges mit Sappuren herbei, wobei

5 Mann getötet und 20 verwundet wurden. Die Sappuren

mühten sich nach Dinaburg zurückzuziehen. In der Nähe der

Station Rodenhufen wurde der Gehilfe des Kreisrichters, Peter-

son und sein Gefährte durch einen Volksgenossen getötet und

grausam gequält. Aus Lakkum ist eine starke Truppen-

abteilung mit Artillerie eingetroffen. Der Stadt wurde gram-

plarisches Bestrafung angedroht, wenn die an der Niedermegung

der Garnison Schuldigen nicht ausgeliefert werden. — Aus

Charkow werden die geistigen Melbungen beständig. An einer

Rundgebung mit roten Fahnen nahmen auch 260 Soldaten der

Regimenter Starobell und Bebeinsk teil. Die gegen die Mani-

festanten entsandten Truppen stehen dem Befehl gemäß die

Manifestanten vorüberziehen, ohne zu feuern. Die Revolutionäre

heuten das zu ihren Gunsten. — Aus Petersburg ist die

Weisung erteilt, die strengsten Maßnahmen gegen die revo-

lutionäre Bewegung zu ergreifen.

Petersburg, 22. Dez. Der telegraphische Verkehr

mit Moskau ist unterbrochen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Schulnachrichten. In der rechts- und staatswissenschaftlichen

Fakultät der Universität Freiburg i. B. hat sich Dr. Fritz Schulz

als Privatdozent für römische und bürgerliche Recht habilitiert.

Prof. Dieckhoff von der Abteilung für Schiff- und Schiff-

maschinenbau überlebte am 1. Januar 1906 aus dem Leberleiden

des Technischen Hochschule zu Berlin aus.

Pauline Ulrich, die berühmte Opernsängerin des Dresdener Hof-

theaters, hat, wie der „Voll. Ag.“ geschrieben wird, am Dienstag

den 7. Dezember in Berlin verstorben und sich damit all den

ihre gesungenen Schöpfungen entzogen. Den nachträglichen Obituar

des Dresdener Publikums wird sie später kaum ausweichen können.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 22. Dez. Nach der „Deutschen Staatsz. Jg.“

haben die Reichstagsabg. Fröhlich und Pauli dem

Reichstagskanzler folgenden dringlichen Antrag überreicht:

„Angesichts der von Stunde zu Stunde wachsenden Ge-

fahr, die unsere deutschen Volksgenossen in den baltischen Pro-

vinzen bedroht, beantragen die ergeblich Unterzeichneten. Der

Herr Reichstagskanzler wolle, eventuell unter nachträglicher Ge-

Volkswirtschaft.

Wannheimer Fahrradwerke vorm. Blüthner u. Jaenicke Akt.-Ges. in Schönan. In der Generalversammlung wurden die Regularien...

Zülfingerbräu Landbrot N.-W. Landbrot. Der Abschluß per 30. September 1906 ergibt einen Bruttoertrag von 29 108 M.

Zünftiger Lebensversicherungsbank a. W. Durch Beschluß des Aufsichtsrats werden die an die Versicherten im Jahre 1906 zu zahlenden Dividenden wie folgt festgesetzt...

Die Akt.-Ges. Deutsche Babcock- und Wilcox Dampfkesselwerke in Oberhausen erzielte in 1904/05 einen Reingewinn von 146 102, woraus 6 pCt. Dividende (i. R. O.) verteilt werden.

Die Deutsche Vereinsbank tritt ab 1. Januar 1906 als Kommanditistin in die seit 34 Jahren bestehende Bankfirma Gebrüder Stern in Genua ein.

Hörder Bergwerks- und Güttenverein. Auf der Tagesordnung der gestern in Köln stattgehabten Generalversammlung stand ein Antrag der Verwaltung auf Kapitalerhöhung zwecks Bedienung...

Der Hopfenbau in Deutschland scheint jetzt nach einer längeren Periode des Rückgangs an Ausdehnung wieder zuzunehmen. Die Anbaufläche liegt von 86 667 Hektar im Jahre 1905 auf 87 588 Hektar in 1904 und 89 511 Hektar in 1906.

Die innere Ägypten, japanische Staatsanleihe, die während des russisch-japanischen Krieges geschaffen wurde, wird zurückgezahlt und zwar mit je 40 pCt. Anfang März und April, und mit 20 pCt. Anfang Mai 1906.

Mannheimer Effektenbörse

Table with columns for Obligationen, Pfandbriefe, Städte-Anleihen, and Industrielle Obligationen. Includes entries like 4% Rb. Sp. u. 1902 100.00, 4% Rb. Sp. u. 1904 98.00, etc.

General-Anzeiger.

Table with columns: Banken, Eisenbahnen, Chem. Industrie, Brauereien. Lists various banks and companies with their respective values.

Table with columns: Kleinere Abschlüsse, Berliner Effektenbörse. Lists smaller transactions and market news.

Table with columns: Berliner Effektenbörse (Privattelegramm), Londoner Effektenbörse. Includes market news and exchange rates.

Table with columns: Londoner Effektenbörse, Pariser Börse. Lists market data for London and Paris.

Table with columns: Pariser Börse, Londoner Effektenbörse. Continues market data for Paris and London.

Table with columns: Londoner Effektenbörse, Pariser Börse. Further market data for London and Paris.

Table with columns: Londoner Effektenbörse, Pariser Börse. Additional market data for London and Paris.

Table with columns: Londoner Effektenbörse, Pariser Börse. More market data for London and Paris.

Table with columns: Londoner Effektenbörse, Pariser Börse. Final market data for London and Paris.

Berliner Produktenbörse.

Berlin, 22. Dez. (Produktenbörse.) Schwaches Ausland und ziemlich günstiges Argentinien veranlaßte bei ruhigen Geschäften träge Marktlage...

Table with columns: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste, etc. Lists prices for various agricultural products.

Table with columns: Budapest, 21. Dez. (Telegramm). Lists market data for Budapest.

Table with columns: Liverpool, 22. Dezember. (Anfangskurs). Lists market data for Liverpool.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt, 22. Dez. (Fondsbörse.) Der Verkehr der heutigen Börse war lebhafter und die Kurse auf den meisten Gebieten im Vergleich der gestrigen matten Abendbörse entschieden fester.

Table with columns: Aktien, Kasse, etc. Lists market data for Frankfurt, including stock prices and exchange rates.

Table with columns: Aktien, Kasse, etc. Continues market data for Frankfurt.

Table with columns: Aktien, Kasse, etc. Further market data for Frankfurt.

Table with columns: Aktien, Kasse, etc. Additional market data for Frankfurt.

Verloren. Ein gutgehendes Geschäft... Verloren in Mannheim... Includes a notice about a lost business and a search for a partner.

